

he C.a. 96/3, 259-264) Im polizeilichen und gerichtlichen Alltag werden die Reformen jedoch nur schleppend umgesetzt. Besonders im Umgang mit Inhaftierten werfen Menschenrechtsorganisationen der chinesischen Justiz weiterhin Willkür und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen vor. Trotz dieser Vorbehalte ist in der jetzt beschlossenen Nachbesserung das Bestreben erkennbar, den Verfahrensablauf berechenbar zu gestalten und dadurch den Beschuldigten im Strafprozeß besser zu schützen. -mü-

14 Personalentscheidungen in den Provinzen

Im Dezember und Januar wurden in den meisten der 31 chinesischen Provinzen, Autonomen Regionen und Regierungsunmittelbaren Städte Abstimmungen über politische Führungspositionen durchgeführt. Auf Provinzebene wurde über die wichtige Position des Gouverneurs und - politisch weniger bedeutsam - über das Amt des Vorsitzenden des Volkskongresses entschieden.

In bislang 18 Provinzen wurden die Amtsinhaber in ihrer Position als Gouverneur bestätigt. Neubesetzungen gab es an nur vier Orten, nämlich in den Provinzen Yunnan und Liaoning sowie in den Autonomen Regionen Guangxi und Innere Mongolei. Etwas häufiger kam es zu Wechseln beim Amt des Volkskongreßvorsitzenden. In einzelnen Provinzen hat die Personalunion von Parteisekretär und Gouverneur beziehungsweise Gouverneur und Volkskongreßvorsitzendem weiterhin Bestand.

Über die Gründe für die personellen Veränderungen oder von möglichen Personalstreitigkeiten ist in diesem Jahr kaum etwas bekannt geworden. Denn obwohl die Entscheidung über die Besetzung von Führungspositionen in den Provinzen generell von der Zentralregierung gefällt und von den regionalen Volkskongressen nur bestätigt wird, versuchten Provinzen in den vergangenen Jahren öfters - und mit gemischtem Erfolg-, aus ihrer Sicht unerwünschte Personalentscheidungen zu verhindern.

Heftige Diskussionen zwischen Zentral- und Provinzregierung um die Neubesetzung der Provinzspitze gab es laut der Hongkonger Monatszeitschrift *Die Neunziger (Jiu Shi Nian-dai, 1998/2, 37ff)* jedoch in Guangdong:

Im Vorfeld der Gouverneurswahlen stand die Provinz wegen ihres „Regionalismus“ in der Kritik der Zentrale. So bemängelte der stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji auf einer unangekündigten Inspektionsreise nach Shenzhen die Mißstände in Guangdong's Bankensystem, das Ausbleiben von Steuerzahlungen an die Zentrale sowie den Verfall der öffentlichen Ordnung und drohte mit personellen Konsequenzen. (SCMP, 14.1.1998) Beobachter schilderten, daß der amtierende Gouverneur Lu Ruihua und der Parteisekretär Xie Fei, beide aus Guangdong, nur durch intensives Lobbying ihre Abwahl bzw. Absetzung verhindern konnten. Gleichzeitig machte die chinesische Führung jedoch den aus Chinas Nordosten stammenden Wang Qishan, der als Gefolgsmann Zhu Rongjis gilt, zum stellvertretenden Gouverneur. Zu personellen Änderungen im Sinne Beijings kam es außerdem an der Regierungsspitze der beiden wichtigen Städte Shenzhen und Zhuhai.

In den Provinzen, in denen die Gouverneurswahlen jetzt noch ausstehen, wird die Zentralregierung vermutlich konfliktfreie Lösungen in Personalfragen suchen, um die in der Parteipresse derzeit wieder beschworene Einheit von Zentrale und Provinzen unmittelbar vor Beginn des IX. NVK nicht zu gefährden. -mü-

15 Doping in China nicht vom Staat organisiert

Bei der Schwimm-WM im australischen Perth fiel der chinesische Verband weniger durch herausragende Leistungen als vielmehr durch Dopingverhalten auf.

Schon bei der Einreise hatte der australische Zoll Ampullen mit verbotenen Wachstumshormonen im Gepäck einer Schwimmerin sichergestellt, die daraufhin für vier Jahre von inter-

nationalen Wettkämpfen ausgeschlossen wurde. In den folgenden Wettkampftagen wurden vier weitere chinesische Sportler von der WM suspendiert, weil ihnen die Einnahme von Medikamenten, die zur Verschleierung anderer Dopingmittel dienen, nachgewiesen worden war. Schließlich wurden die Dopingfahnder im Quartier des chinesischen Teams erneut fündig, nachdem dieses bereits abgereist war.

Bemerkenswert an diesen Vorfällen ist, daß die chinesischen Schwimmer des Dopings überführt werden konnten, obwohl die Tests dem chinesischen Verband angekündigt worden waren. Dieser Umstand macht die Einschätzung von Anti-Doping-Experten glaubhaft, daß in China - anders als in der DDR - Doping nicht zentral vom Staat gesteuert wird. So hat der nationale Schwimmverband erst kürzlich ein eigenes System zur Dopingkontrolle aufgebaut.

Fachleute gehen vielmehr davon aus, daß vor allem in den Trainingscamps der Provinzen und Städte mit verbotenen Präparaten experimentiert wird. Hier würden die Schwimmer in erster Linie auf die nationalen Titelkämpfe vorbereitet, in denen es für Sportler, Provinzen und Sponsoren um mehr Geld und Prestige gehe als bei internationalen Wettkämpfen. Dementsprechend groß sei der Druck für Sportler und Trainer, auch zu unerlaubten Mitteln zu greifen, und dementsprechend freigebig unterstützten Politiker und Unternehmer diese Praktiken. (FAZ, 10./15.1.1998; SZ, 10./11.,22.1.1998) -mü-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

16 Akademie der Sozialwissenschaften in Gefahr?

Die Chinesische Akademie der Sozialwissenschaften scheint sich in Schwierigkeiten zu befinden. Neben der Finanzknappheit werden vor allem Pro-

bleme im Personalbereich und bezüglich der Qualität der Forschung genannt. Die SCMP sprach sogar davon, daß es Gerüchte gebe, die Akademie solle geschlossen werden (SCMP Internet Edition, 20.1.98).

Was die Finanzen angeht, so klagt die Akademie seit Jahren über Geldmangel. Der größte Teil der Mittel kommt vom Staat (die Akademie ist direkt dem Staatsrat unterstellt), und obwohl ihr Haushalt in den letzten Jahren durchschnittlich eine Steigerung von gut 18% erfahren hat, reichen die Mittel kaum aus, um die Forschungssituation und die Ausstattung mit Computern zu verbessern, die Bibliothek aufzustocken und notwendige Renovierungen vorzunehmen. Auslandsreisen für die wissenschaftlichen Mitarbeiter sind in der Regel gar nicht mehr möglich. Im Jahre 1997 wurde die Akademie mit 177 Mio. Yuan vom Staat subventioniert, doppelt so viel wie 1993. Seit Beginn der neunziger Jahre versucht die Akademie die knappen Finanzmittel durch die Gründung eigener Unternehmen und Einwerbung zusätzlicher Mittel, u.a. vom Ausland, auszugleichen. (XNA, 16.1.98) Insbesondere die Computerisierung und elektronische Vernetzung (vgl. dazu C.a., 1996/6, Ü 15) kostet viel; 1997 wurden dafür über 6 Mio. Yuan ausgegeben. Dringendste Aufgabe derzeit ist die elektronische Titelaufnahme der gut 5 Mio. Bücher und 1.500 in- und ausländischen Periodika der Akademiebibliothek. Rationalisierungseffekte werden auch dadurch erzielt, daß wissenschaftliche Arbeiten zunehmend mit Computern geschrieben werden. Ein großer Teil der 77 Akademiezeitschriften wird bereits mit elektronischer Textverarbeitung erstellt. (Vgl. RMRB, 16.1.98, S.5)

Im Personalbereich sieht sich die Akademie der Sozialwissenschaften mit dem gravierenden Nachwuchsproblem konfrontiert. Derzeit sind an den 40 Akademieinstituten rund 3.200 Wissenschaftler beschäftigt. Von denen in Leitungspositionen werden 85% bis zum Jahr 2005 in den Ruhestand gehen, die Hälfte sogar schon vor dem Jahr 2000. Um diese Führungspositionen neu zu besetzen, fehlt es an geeigneten Nachwuchswissenschaftlern. Hier macht sich im-

mer noch die durch die wissenschaftsfeindliche Kulturrevolution entstandene Lücke bemerkbar. Zur Lösung des Problems hat die Akademie ein Programm zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlern aufgelegt, in dessen Rahmen hervorragende jüngere Wissenschaftler vorzeitig befördert oder gezielt durch Studienaufenthalte im Ausland gefördert werden. Überdies wird versucht, Wissenschaftler von Universitäten oder anderen Forschungsinstitutionen anzuwerben. (XNA, 15.1.98; SCMP, 20.1.98)

Der dritte Problembereich, die Qualität der Forschung, dürfte am schwierigsten zu bewältigen sein. Die Forschungsmethoden sind weitgehend veraltet, die Forschungsthemen vielfach nicht relevant, obwohl sich die Akademie der Sozialwissenschaften als Think Tank der Regierung begreift. Für die Forscher bestehen wenig Anreize, da die Publikationsmöglichkeiten wegen der Finanzknappheit beschränkt sind und Auslandsaufenthalte kaum bewilligt werden. Zudem erhält die Akademie in dem Maße, in dem sich die Hochschulforschung ausweitet, Konkurrenz durch die Forschungstätigkeit an den Eliteuniversitäten. Hemmend wirkt sich auch aus, daß die Sozialwissenschaften seit Beginn der Reformperiode eher im Schatten der Naturwissenschaften stehen, die von den Modernisierern für wichtiger erachtet werden als die Geistes- und Sozialwissenschaften. Zugleich aber sehen sich die Sozialwissenschaften in weitaus stärkerem Maße als die Naturwissenschaften der Kritik und Kontrolle durch die Partei ausgesetzt, deren orthodoxe Vertreter häufig eine mangelnde ideologische Ausrichtung beklagen. Nicht zufällig sind die Beziehungen zur Propagandaabteilung der KPCh sehr eng, auch personell, da der erste Vizepräsident der Akademie, Wang Renzhi, ehemaliger Direktor der Propagandaabteilung war.

In dieser Situation versucht die Akademie der Sozialwissenschaften seit Jahren die Praxisbezogenheit ihrer Forschung zu betonen und sich als Politikberater anzubieten. So empfiehlt sie ihre Expertise insbesondere hinsichtlich der Analyse und Beratung bei reform- und modernisierungsbedingten gesellschaftlichen Pro-

blemen wie z.B. der Reform des Finanzsystems, der Staatsbetriebe, des Lohnsystems, des Versicherungssystems und des Rechtssystems sowie den mit der Öffnungspolitik verbundenen Problemen. Den Aufbau eines Sozialismus chinesischer Prägung, einschließlich des Aufbaus einer sozialistischen Kultur chinesischer Prägung, hat sie zu ihrem ureigenen Thema gemacht. Entsprechend kommt der Forschungsplanung und der Auswahl der Forschungsthemen zentrale Bedeutung zu, wie erst jüngst wieder auf der jährlichen Arbeitstagung der Akademie deutlich wurde. Die Forschungsthemen sollen „relevant“, d.h. von praktischem Nutzen vor allem für die Regierung sein. Angesichts der jüngsten Finanzkrisen in Ost- und Südostasien will man sich jetzt z.B. vorrangig mit dem Thema befassen, wie derartigen Finanzkrisen vorzubeugen ist (XNA, 16.1.98, vgl. auch GM-RB, 15.1.98, S.2).

Zunehmende Bedeutung erlangt auch die Begutachtung geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschungsarbeiten, wie auf der erwähnten Tagung ebenfalls erörtert wurde. Seit 1994 hat die Akademie sich mit der Erarbeitung eines Begutachtungssystems beschäftigt, das jetzt fertiggestellt wurde. Das Ziel war es, objektive Methoden bei der Begutachtung zur Geltung kommen zu lassen und subjektive Einflüsse und Einseitigkeiten weitgehend auszuschalten. In diesem Zusammenhang wurde ein Katalog von Kriterien für die Beurteilung sozialwissenschaftlicher Arbeiten aufgestellt, der folgende Bereiche umfaßt: 1. Wissenschaftlichkeit, 2. Wert (gemeint ist praktischer Wert), 3. wissenschaftlicher Standard und 4. Schwierigkeitsgrad. Für jedes Fach wurden nach diesen vier Bereichen spezielle Kriterien erarbeitet, und zwar jeweils für verschiedene Gutachten, z.B. solche für die Beurteilung wissenschaftlicher Arbeiten oder für Beförderungen usw. Die praktische Anwendbarkeit der Forschungsergebnisse ist in jedem Falle ein wichtiges Kriterium. Die Notwendigkeit eines derartigen Begutachtungssystems wird damit begründet, daß es in China in der sozialwissenschaftlichen Forschung gegenwärtig noch keine allgemein anerkannten Standards gebe, wie dies im Ausland der Fall sei. Deshalb

trage das Begutachtungssystem auch dazu bei, in der sozialwissenschaftlichen Forschung Standards einzuführen, heißt es. (Vgl. dazu GMRB, 6.1.98, S.1)

Die Akademie der Sozialwissenschaften ist in ihrem Bestand sicherlich nicht gefährdet, dazu ist sie eine viel zu prestigereiche Einrichtung. Doch wird sie nicht umhinkönnen, sich weiter zu reformieren. In den vergangenen Jahren wurden bereits tiefgreifende Reformen eingeleitet; so wurde die Forschungs- und Verwaltungsstruktur gestrafft und das Personal stark reduziert. Strukturreformen allein genügen jedoch nicht; insofern ist es nur folgerichtig, daß man sich jetzt auch der Qualität der Forschung zuwendet. Das Nachrücken einer jüngeren Wissenschaftlergeneration in Führungspositionen könnte hier durchaus positive Wirkung zeitigen. -st-

17 Weitere Fortschritte bei der Einführung der Schulpflicht und Abschaffung des Analphabetentums

Nach statistischen Angaben der Provinzregierungen und der Staatlichen Bildungskommission sind im Jahre 1997 weitere Fortschritte bei der Einführung der neunjährigen Schulpflicht und der Abschaffung des Analphabetentums unter jüngeren Erwachsenen erzielt worden. Diese beiden grundsätzlichen Ziele sollen 1997 in 400 weiteren Kreisen realisiert worden sein. Damit sollen insgesamt 1.882 Kreise, in denen 65% der Bevölkerung Chinas lebt, die neunjährige Schulpflicht eingeführt und das Analphabetentum unter jüngeren Menschen abgeschafft haben. (RMRB, 12.1.98; GMRB, 13.1.98) Die Zahl der Analphabeten wird derzeit mit 145 Millionen beziffert. Davon sollen 37,5 Mio. jüngere Menschen sein. Vor einem Jahr war das Alter der „jüngeren Menschen“ auf 15-47 Jahre eingegrenzt worden. Ob diese Altersgruppe auch der jüngst genannten Zahl zugrunde liegt, läßt sich nicht sagen. Das Problem ist, daß in den Statistiken keine einheitliche Norm verwendet wird. Ein Jahr zuvor hatten noch 457 Kreise die beiden Ziele erreicht (vgl. C.a., 1997/1, Ü 17), d.h. das Tempo

hat sich verlangsamt. Die Statistiken sind u.a. deshalb fragwürdig, weil sie nichts über die Dauerhaftigkeit der Ergebnisse aussagen. -st-

18 Reform der Verwaltungsstruktur der Hochschulen

Kürzlich fand in Yangzhou (Provinz Jiangsu) eine Tagung zum Thema Reform der Verwaltungsstruktur der Hochschulen statt. Sie war von der Staatlichen Bildungskommission einberufen worden und diente in erster Linie dem Erfahrungsaustausch. Teilnehmer waren Verantwortliche aus einer Reihe von Provinzen, Ministerien und Kommissionen sowie Vertreter von Hochschulen. Die Reform der Verwaltungsstruktur ist aufs engste mit den Bemühungen um Qualitätssteigerung der Hochschulbildung verknüpft. Diese soll u.a. durch Zusammenlegung mehrerer Universitäten und Hochschulen an einem Ort (vgl. dazu das Beispiel Beijing, C.a., 1997/12, Ü 21) und ggf. Schließung redundanter Einrichtungen minderer Qualität erreicht werden. Dadurch können die vorhandenen Ressourcen besser genutzt und bei der Verwaltung Mittel eingespart werden, die dann wiederum zur Verbesserung der Bildung verwendet werden können.

Auf der Tagung wurde bekannt, daß mittlerweile fast 400 tertiäre Bildungseinrichtungen in dreißig Provinzen von der Reform der Verwaltungsstruktur betroffen gewesen sind mit dem Ergebnis, daß bis jetzt 100 von ihnen Verbunduniversitäten wurden, acht Hochschulen ihre Verwaltung umorganisiert haben (hierbei handelt es sich offensichtlich um die acht Hochschulen, die bisher der Zentrale unterstellt waren und jetzt Lokalregierungen zugeordnet wurden, vgl. dazu GMRB, 19.12.97 u. C.a., 1997/12, Ü 20), 228 Hochschulen Kooperationen mit (wissenschaftlichen) Institutionen etabliert haben, 217 Hochschulen Kooperationen mit Unternehmen und öffentlichen Einrichtungen eingegangen sind und 181 Hochschulen mit anderen zusammengelegt wurden. Durch diese Strukturreform wurde die Zahl der Hochschulen um 88 reduziert. (Xinhua Inlanddienst, chin., 17.1.98, nach SWB, 27.1.98; die hier genannten Zahlen weichen etwas von den in GMRB,

19.12.97 genannten Zahlen ab, zeigen aber in jedem Falle, welches Ausmaß die Reform erreicht hat.)

Die der Reform zugrunde liegenden Ziele, aber auch die noch bestehenden Probleme waren Gegenstand einer Rede, die das Mitglied im Ständigen Ausschuß des Politbüros und der stellvertretende Ministerpräsident Li Lanqing auf der Yangzhouer Tagung hielt (vgl. GMRB, 18.1.98, S.1). Die wichtigsten Ziele sind die Anhebung der Qualität der Hochschulbildung, die Abschaffung der zentralen Zuständigkeit und Planung im Hochschulbereich und damit verbunden die Dezentralisierung und Stärkung der Hochschulautonomie sowie die Orientierung der einzelnen Hochschulen an den jeweiligen örtlichen Bedürfnissen. Der Schwerpunkt müsse auf der Qualitätssteigerung liegen, sagte Li, denn von der Art der Hochschulbildung hänge es ab, ob China in der Lage ist, hochqualifizierte Fachleute für das 21. Jahrhundert auszubilden, und dies wiederum sei entscheidend für den gesamten Modernisierungskurs. Er bezeichnete es als das größte ideologische Hindernis, daß immer noch kurz-sichtige, alte Ideen existierten, vor allem das „Ressortdenken“, d.h. daß nur in Zuständigkeiten gedacht wird, oder anders ausgedrückt, daß es nur vertikale, aber keine horizontalen Beziehungen und Zusammenarbeit gibt. Ein solches Ressortdenken sei ausschließlich auf Expansion ausgerichtet, wie es früher der Fall gewesen sei, als etliche Hochschulen minderer Qualität gegründet worden seien; jetzt hingegen komme es auf Zusammenarbeit auf gleicher Ebene und auf Qualitätssicherung an.

Zur Dezentralisierung der Hochschulen und Stärkung der Hochschulautonomie führte Li Lanqing aus, daß es teilweise gelungen sei, die Barrieren zwischen den Regionen und den Ministerien oder Kommissionen zu überwinden und Institutionen verschiedener Regionen und Ministerien untereinander zu integrieren. Insgesamt gesehen, herrsche allerdings immer noch das alte Denken vor, d.h. die vertikale Ausrichtung und mangelnde horizontale Kooperation hätten sich noch nicht grundlegend geändert. Dies zeige sich daran, daß vielfach immer noch die alten Über- und Unter-

ordnungsverhältnisse bestünden, wobei die staatlichen Behörden die Aufsicht führten. Die Hochschulen seien zu wenig auf die Gesellschaft ausgerichtet und entfaltet zu wenig Autonomie. Die Reform bezwecke, daß sich die Hochschulen, und zwar auch diejenigen, die zentralen Behörden unterstellt sind, in stärkerem Maße als bisher ihrer jeweiligen örtlichen Umgebung zuwenden und sich auf den Bedarf der örtlichen Wirtschaft und Gesellschaft ausrichten. Anstatt sich an das zuständige Ministerium zu ketten, sollten die Hochschulen Kooperation auf gleicher Ebene pflegen.

Aus Sicht der Zentralregierung wird die Dezentralisierung der Hochschulverwaltung vor allem aus Kostengründen vorangetrieben, denn ein wesentlicher Aspekt hierbei ist, daß die Zentrale nicht nur Kompetenzen abgibt, sondern sich zunehmend auch aus der Finanzierung der Hochschulen zurückzieht. Die finanziellen Lasten werden immer mehr auf die Provinzen verlagert, wobei der Staat nur noch die besten Universitäten ganz finanziert, während die übrigen je nach Bedeutung gemeinsam von der Zentrale und der Provinzregierung oder aber ganz von der Provinzregierung unterstützt werden. Gegenwärtig soll erst bei 18 Universitäten entschieden worden sein, daß sie auch im 21. Jahrhundert ihre Mittel voll von der Zentralregierung zugewiesen bekommen (vgl. XNA, 4.1.98). Wenn die Provinzen mehr in ihre Universitäten investieren müssen, dann werden sie auch mehr Rechte in Anspruch nehmen. Eines der umstrittensten Probleme ist die Vergabe von Studienplätzen, die sich bislang der Staat vorbehält. Auch Li Lanqing wies in seiner Rede auf das Problem hin, ohne jedoch konkrete Lösungsvorschläge anzubieten. Er forderte lediglich, daß auch solche Hochschulen, die zentralen Ministerien unterstellt sind, vorrangig Studenten aus ihrer Region aufnehmen sollen anstatt aus ganz China. Hier wird den Provinzen oder den einzelnen Universitäten mehr Entscheidungsspielraum gewährt werden müssen. In Ansätzen wurden den Universitäten in den vergangenen Jahren bei der Auswahl ihrer Studenten schon mehr Auswahlmöglichkeiten zugestanden, doch der Konflikt wird sich mit

fortschreitender Dezentralisierung zu spitzen. -st-

19 Reform des Presse- und Publikationssektors

Auf einer nationalen Konferenz über das Presse- und Publikationswesen, die Mitte Januar in Beijing vom Presse- und Publikationsamt einberufen worden war, wurden neue Pläne für die Entwicklung des chinesischen Pressewesens im 21. Jahrhundert bekannt. Die Reformen haben eine Verbesserung der Qualität der Pressezeugnisse, die Neuordnung der Struktur der Zeitungs- und Buchverlage, die Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen, die Einführung von mehr Wettbewerb und die Einführung moderner Managementmethoden zum Ziel. Bislang haben sich die Reformen im Publikationssektor in Grenzen gehalten. Zwar sind die Presseorgane in den vergangenen Jahren deutlich mehr auf die Interessen und Wünsche der Leser eingegangen, als dies früher der Fall war, aber die Partei hielt an ihrem Informationsmonopol fest, so daß von einer freien Presse nicht die Rede sein kann. Auch die staatliche Eigentumsstruktur und die Verwaltung nach planwirtschaftlichen Methoden wurden weitgehend beibehalten. Dazu im Widerspruch stand die bereits in den achtziger Jahren aufgrund der knappen Staatsfinanzen erhobene Forderung, daß sich Presse- und Verlagshäuser selbst zu finanzieren hatten. Eine freie oder auch nur freiere Presse wird es allerdings auch in Zukunft nicht geben, denn - so wurde auf der Konferenz betont - wichtigste Aufgabe der Presse wie auch der Buchverlage ist es, Deng Xiaopings Theorien zu propagieren und zu verbreiten (vgl. GMRB, 19.1.98, S.2).

Als wichtigste Neuerung wird die Gründung großer Zeitungs- und Verlagsguppen geplant, die den Markt in ganz China bedienen und teilweise transnational agieren sollen. Bis zum Jahre 2010, so die Planung, werden sich fünf bis zehn neue Verlagsguppen mit einem jährlichen Verkaufsvolumen von jeweils 10 Mrd. Yuan herausgebildet haben und zusätzlich 20 bis 30 Verlage mit einem Verkaufsvolumen von mehr als 1 Mrd. Yuan. Es wird geschätzt, daß bis zum Jah-

re 2010 zehn Prozent aller Zeitungen in China ein Jahreseinkommen von mehr als 100 Mio. Yuan haben werden, wobei 80 Prozent des Einkommens aus Werbeeinnahmen erzielt werden. (Ebd. u. XNA, 18.1.98) Die neuen Verlagsgruppen sollen moderne Wirtschaftsunternehmen mit entsprechendem Management sein. Dabei sollen unterschiedliche Eigentumsformen eingeführt werden; vor allem aber soll eine Trennung zwischen den Verlagsgruppen und staatlichen Verwaltungsorganen vorgenommen werden. Dies bedeutet zwar nicht, daß sich die Partei aus dem Publikationswesen zurückzieht, wohl aber, daß Zeitungs- und Verlagshäuser wie Wirtschaftsunternehmen und nicht wie Behörden geführt werden.

Die Anpassung an marktwirtschaftliche Bedingungen wird notwendigerweise Schließungen unwirtschaftlicher und schlechter Zeitungen und Zeitschriften mit sich bringen. Derzeit gibt es in China rund 2.000 Zeitungen, doch viele von ihnen sollen von minderer Qualität sein. Im Jahre 1997 wurden 227 Zeitungen und 346 Zeitschriften eingestellt, die meisten von ihnen aus Qualitätsgründen und nicht, weil sie gegen staatliche Bestimmungen verstießen. Demgegenüber sorgt die Partei dafür, daß parteieigene Blätter ihren Marktanteil ausweiten konnten; die Shanghaier *Wenhui Bao* beispielsweise konnte 1997 ihre Auflage um 21 Prozent steigern. (XNA, 18.11.98)

Entscheidende Veränderungen wird es auch auf dem Buchmarkt geben. Sowohl Buchverlage als auch Buchläden wurden bislang ebenfalls vom Staat nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten betrieben. Staatseigene Verlage, Druckereien und Buchhandlungen sollen nun in Wirtschaftsunternehmen mit unterschiedlicher Eigentumsform umgewandelt werden. So können z.B. Buchhandlungen auf Kreisebene gepachtet oder genossenschaftlich geführt werden; auch Aktiengesellschaften und Ketten sind möglich. (XNA, 17.1.98) -st-

20 Anstieg der Scheidungsrate

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die die Reform- und Öffnungspolitik

mit sich gebracht hat, haben zu einem drastischen Anstieg der Scheidungsrate geführt, wie die folgenden Zahlen verdeutlichen. In dem Jahrzehnt zwischen 1981 und 1991 ist die Scheidungsrate in ganz China von 3,7 auf 8,7 Prozent angestiegen. 1995 lag sie bereits bei 23,8 Prozent und 1996 bei 25 Prozent. Es wird damit gerechnet, daß sie auch in den kommenden Jahren weiter wachsen wird. Besonders hoch ist der Anteil der Ehescheidungen in den Großstädten. In Beijing beispielsweise erhöhte er sich zwischen 1981 und 1991 von 2,5 auf 16,6 Prozent. (XNA, 9.1.98)

In Beijing versucht man dieser Entwicklung durch die Einrichtung von Kursen und Beratungsdiensten zu begegnen, die in einer „Scheidungs-schule“ angeboten werden. Ziel ist es, möglichst viele Ehen zu retten. Un-terricht und Beratung werden ehren-amtlich von Vertretern der Gewerkschaft, des Frauenverbandes oder der Gerichte erteilt. Diese Arbeit wird als sehr sinnvoll bezeichnet, doch stecke sie erst in den Anfängen, heißt es. Es müßten viel mehr Einrichtungen dieser Art geschaffen werden. Außerdem sei es nötig, juristisch und psycholo-gisch geschulte Fachleute für die Be-ratungsdienste heranzuziehen. Auch ausgebildete Soziologen, die auf die Gebiete Ehe und Familie spezialisiert seien, würden benötigt. Die Beijinger „Scheidungs-schule“ wurde von einem Bezirksamt für die Registrierung von Eheschließungen eingerichtet. Da-neben planen jetzt auch gesellschaftliche Organisationen, ähnliche „Schu-len“ zu gründen, um zu versuchen, ge-scheiterte Ehen zu retten. (Ebd.) In China gilt es zwar heute nicht mehr als anstößig, geschieden zu sein, wie es noch vor gar nicht langer Zeit ins-besondere mit Blick auf Frauen der Fall war, aber dennoch hat die Familie im Wertesystem der Chinesen einen so hohen Stellenwert, daß in der Gesell-schaft alles versucht wird, gefährdete Ehen zu retten. Dabei engagiert sich nicht nur die Familie, sondern auch die gesellschaftliche Umgebung (Arbeits-einheit, Straßenkomitee usw.) ver-sucht zu vermitteln. -st-

Außenwirtschaft

21 China kann sich sehr wohl aus eigener Kraft gegen die „Asienkrise“ schützen

Obwohl der chinesische RMB Yuan angesichts des Verfalls vieler Währungen in den asiatischen Nachbarländern mittlerweile offensichtlich längst überbewertet ist (Beobachtungen gehen hierbei von bis zu 30% aus), gibt sich die Beijinger Führung gelassen.

Bei einer Sitzung des Ständigen Ausschusses des NVK am 27.12.97 in Beijing sprach der Präsident der Chinesischen Volksbank, Dai Xianglong, zur Finanzsituation der VRCh, die trotz einiger Mängel gesund sei. Auch Chinas Wirtschaft bleibe auf absehbare Zeit gesund, führte er aus (XNA, 27. und 28.12.97).

Aus den Krisen einiger asiatischer Länder könne China vor allem dreierlei lernen: einmal sei jede Form von „Seifenblasenwirtschaft“ zu vermeiden. Zweitens müsse auf die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems geachtet und drittens ein ausreichendes Devisenreservopolster geschaffen werden.

Chinas Devisenreserven überschritten Ende 1997 die Summe von 140 Mrd. US\$. Der Renminbi-Yuan sei stabil. Bis Ende Juni 1997 habe Chi-na 316,5 Mrd. US\$ an ausländischem Kapital aufgenommen, darunter 197,9 Mrd. US\$ an direkten ausländischen Investitionen. Die Auslandsverschuldung der VRCh belief sich zu diesem Zeitpunkt auf 118,6 Mrd. US\$.

Besorgniserregender als diese Verschuldung sei der Zustand einiger Finanzinstitute, die nicht unter genügend strenger finanzieller Kontrolle stünden. Sie seien vor allem aufgrund von Genehmigungen durch Provinzre-gierungen gegründet worden.

Die Finanzkrise in Asien habe China dazu veranlaßt, diesem Problem besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Im Verlaufe des Jahres 1998 würden mehrere Gesetze und Bestimmungen

erlassen, die vor allem die finanziellen Kontrollen verstärken sollen. Rudi Dornbusch, ein Wirtschaftsprofessor am MIT, wies beim Weltwirtschaftsforum in Davos Ende Januar 1998 darauf hin, daß China „das schlechteste Bankensystem der Welt“ habe. Immerhin gebe sich die Regierung mittlerweile alle Mühe, um hier Abhilfe zu schaffen (IHT, 31.1.98).

In Davos auch betonte der chinesische Vertreter erneut, daß die VR China ihre Landeswährung einstweilen nicht abwerten wolle. -we-

22 Abflachen der Exportentwicklung für 1998 befürchtet

Die Herausgeber des Weißbuchs zum Außenhandel und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit drücken in ihrem Bericht die Befürchtung aus, daß China die Exporte in diesem Jahr nicht mehr in demselben Ausmaß steigern kann wie noch 1997. Als einer der Gründe wird die Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Entwicklung gesehen, die zu einer geringeren Nachfrage auf den internationalen Märkten führen werde. Ein weiterer Grund ist dem Bericht zufolge das niedrigere Wachstum in den asiatischen Nachbarländern als Folge der Finanzkrise. Es müsse damit gerechnet werden, so der Bericht, daß diese Krise auf Chinas außenwirtschaftliche Entwicklung einen beträchtlichen Einfluß haben werde.

Als wichtigster interner Einflußfaktor wird in dem Bericht die Tatsache genannt, daß die Exportunternehmen weniger Anreize haben, den internationalen Markt zu erschließen, weil sich die Reformen in den meisten Staatsunternehmen in diesem Jahr in ihrer schwierigsten Phase befinden würden. Weiterhin wird auch die relativ strenge makroökonomische Kontrollpolitik als ein Einflußfaktor dafür genannt, daß in diesem Jahr nicht mit einer starken Erhöhung von Außenhandel und Auslandsinvestitionen gerechnet werden könne. (XNA, 19.1.98)

Ein anderer Kommentar zur Exportentwicklung 1998 weist jedoch darauf hin, daß es auch positive Faktoren gebe, die für eine durchaus akzeptable Erhöhung der Ausfuhren spre-